

**PARALLAXENFEHLER?
DIE DDR UND DIE FRÜHE ÄRA GIEREK**

Peter Hübner

Betrachtet man ein mehr oder minder entferntes Objekt von zwei verschiedenen Orten aus, so scheint sich dessen Lage vor einem gegebenen Hintergrund zu ändern. Dieses Phänomen, Parallaxe genannt, spielt in der Astronomie eine Rolle. Mit seiner Hilfe lässt sich zum Beispiel die Entfernung eines Sternes bestimmen. Für die Geschichtswissenschaft mag das – abgesehen vom wissenschaftshistorischen Faktum der Entdeckung – ohne Belang sein. Gleichwohl gewinnt man bei einer kritischen Betrachtung politischer Meinungsbildung und Entscheidung mitunter den Eindruck, als würden die Akteure von ihrer jeweiligen Position aus, gewissermaßen in einer parallaktischen Verschiebung, die Dinge unterschiedlich wahrnehmen. Problematisch wird die Sache dann, wenn der relative Befund absolut genommen wird.

Ein solcher Fall schien eingetreten zu sein, als sich in den frühen 1970er Jahren die neue SED-Führung unter Erich Honecker vor der Aufgabe sah, ein einigermaßen zutreffendes Bild von den tatsächlich etwas irritierenden Vorgängen in Polen zu gewinnen. Die dortigen Unruhen im Dezember 1970 und der durch sie erzwungene Rücktritt Władysław Gomułkas sorgten auch in Ost-Berlin für Alarmstimmung.¹ Allerdings waren die polnischen Vorgänge Teil eines größeren Problems und zugleich seiner Lösung. Nachdem nämlich in der ČSSR 1969 Gustáv Husáks „Normalisierungs“-Regime etabliert war, dazu noch im Dezember 1970 die polnische Krise durch den Machtwechsel von Gomułka zu Edward Gierek unter Kontrolle gebracht werden konnte und schließlich im Mai 1971 Erich Honecker in der DDR seinen schwierig gewordenen Vorgänger Walter Ulbricht ablöste, hatte sich eine Politik durchgesetzt, die von der sowjetischen Führungsmacht bereits seit 1966 mit mehr oder weniger Nachdruck verfolgt worden war. Mit dem, was der sowjetische Parteichef Leonid I. Breschnew auf dem 8. KPdSU-Parteitag als „ökonomische Hauptaufgabe“ bezeichnet hatte, schien der Königsweg aus den Problemen des realexistierenden Sozialismus gefunden: Die Produktivität und die Produktion der Industrie sollten deutlich gesteigert und ein stabiles Entwicklungstempo der Landwirtschaft erreicht werden, um „den Lebensstandard des Volkes zu heben sowie die materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Sowjetmenschen umfassender zu befriedigen“.² Das klang unverfänglich, kontrastierte aber doch ziemlich deutlich mit den Vorstellungen der Wirtschaftsreformer in der Tschechoslowakei und vor allem mit den Versuchen

1 Vgl. u.a. Jerzy Eisler, *Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwensje* [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000; Henryk Mieczysław Kula, *Dwa oblicze Grudnia '70: oficjalne – rzeczywiste* [Die zwei Gesichter des Dezember '70: das offizielle – das tatsächliche], Gdańsk 2000.

2 Leonid I. Breschnew, *Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze*, Bd. 1, Berlin 1971, S. 390.

Gomułka und Ulbrichts, das Konsumwachstum zugunsten von Industrieinvestitionen zu drosseln. Zu Beginn der 1970er Jahre setzte man in Moskau einen neuen Akzent, nämlich „daß die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen zu einem immer dringenderen Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung selbst, zu einer wichtigen ökonomischen Voraussetzung für die Steigerung der Produktion wird“.³ Auch die europäischen Verbündeten der Sowjetunion wurden darauf eingeschworen. Nur Rumänien verharrte in seiner Sonderrolle. Dafür fielen besonders die ČSSR, die DDR und Polen mit weitgehenden sozialen Zugeständnissen auf.⁴ Von der ambitionierten Sozial- und Konsumpolitik profitierte ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung. Die zeitweilige Stabilisierung der Versorgungslage, Preissubventionen und umfangreiche Wohnungsbauprogramme standen dabei im Zentrum. Alles schien, wenn schon nicht in bester Ordnung, so doch auf dem richtigen Wege. Doch sollte sich das, was Manfred Hildermeier „eine kurze Scheinblüte“ nannte, als „eine schleichende Auszehrung zum Tode“ erweisen.⁵

Davon war allerdings zu Beginn der 1970er Jahre noch keine Rede. Trotzdem galt Polen auch nach dem Ende der Dezemberkrise von 1970 als gefährdeter und damit wohl unvermeidlich als unsicherer Kantonist. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte man deshalb in Moskau und Ost-Berlin die Entwicklung der schwierigen Volksrepublik. Das lag schon insofern nahe, weil der Transit durch Polen von strategischer Bedeutung für die UdSSR und ihren deutschen Vorposten in Zentraleuropa war. Soweit es die Quellen erkennen lassen, verfügten der neue Mann an der Spitze der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und seine „Equipe“ in den Führungsgremien der KPdSU und der SED durchaus über Kredit. Aber während in den sowjetischen Stellungnahmen bei betontem Realismus ein etwas skeptischer Unterton anklang, glaubt man im Bild, das sich die SED-Spitze von der polnischen Entwicklung machte, das erwähnte Parallaxen-Phänomen zu bemerken.

Zunächst nahmen die Verantwortlichen in den politischen Apparaten der DDR die ersten, und wie es schien, erfolgreichen Stabilisierungsversuche der neuen PZPR-Führung mit Erleichterung auf. Doch registrierte man auch, dass der Vorsitzende des polnischen Ministerrates, Piotr Jaroszewicz, auf der Sejmtagung vom 13. Februar 1971 den neuen Fünfjahrplan „mit zahlreichen ‚anschwellenden‘ Problemen“ befrachtet sah. Das komplizierte „die Lösung der dringendsten produktionstechnischen und sozialen Aufgaben“, resümierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR. Zugleich gab sich dieses aber entspannt, weil nunmehr auch in Polen die zu lösende Hauptaufgabe in der „Gewährleistung einer ‚harmonischen‘ (proportionalen) und zugleich dynamischen

3 Leonid I. Breshnew, *Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze*, Bd. 3, Berlin 1974, S. 258 f.

4 Ausführlich hierzu: Peter Hübner/Christa Hübner, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Köln/Weimar/Wien 2008.

5 Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 885.

Entwicklung der Wirtschaft im laufenden Jahr bei gleichzeitiger Veränderung des Planes 1971 in Richtung einer Erhöhung der Einnahmen der Bevölkerung (d.h. Kaufkraft), der Verbesserung der gesellschaftlichen Konsumtion und des Wohnungsbaus“ gesehen werde. „Die geplanten Investitionen erfahren eine Verschiebung in Richtung Konsumgüterindustrie (speziell Lebensmittelindustrie) und Erhöhung der Dienstleistungen“, hieß es weiter.⁶ Was die DDR-Botschaft in Warschau nachschob, vermochte den positiven Gesamteindruck kaum zu trüben: Die von der Gierek-Equipe „vorgesehenen ökonomischen Maßnahmen der laufenden Wirtschaftspolitik“ seien „ausschließlich auf die innere Stabilisierung durch Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen gerichtet. Sie stellen unter den gegenwärtigen Bedingungen das mögliche Maximum dar, dessen Realisierung nur mit einer über die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,3% hinausgehende Erhöhung und weitestgehender äußerer Hilfe erfolgen kann.“⁷ Auch dass die „Dezemberereignisse“ ein Protest der Arbeiterklasse gewesen seien, der keinen antisozialistischen Charakter getragen habe, registrierte man in Ost-Berlin mit einer gewissen Genugtuung. Die von den Vorgängen überraschten „feindlichen, antisozialistischen Elemente“ seien erst später in Erscheinung getreten.⁸

Eine solche Einschätzung konnte zu diesem Zeitpunkt als Argumentationshilfe für Erich Honecker (und die ihn protegierende sowjetische Seite) in der Auseinandersetzung um Walter Ulbrichts Strukturpolitik gedeutet werden. Immerhin stand auch in der DDR der Machtwechsel unmittelbar bevor. Zuvor jedoch, als Gierek am 11. Januar 1971 die DDR besuchte und um wirtschaftliche Unterstützung für Polen warb, gab sich Ministerpräsident Stoph ziemlich zugeknöpft.⁹ Er verwies auf die eigenen großen Probleme und gab zu verstehen, dass man in der Sozialpolitik sehr vorsichtig vorgehe. Es seien effektivere Formen der bilateralen Zusammenarbeit zu suchen. Bei den Handelsbeziehungen sollte die polnische Seite die Warenlisten prüfen und überlegen, was in der DDR noch gekauft werden könnte.¹⁰ Aber auch in dieser Hinsicht blieb die DDR-Seite misstrauisch. Im Hinblick auf die Mitte März 1971 bevorstehenden Beratungen des Wirtschaftsausschusses DDR-Polen wies das Präsidium des Ministerrats seine Unterhändler an, nur auf Warenlieferungen gegen Warenlieferungen einzugehen.¹¹ In

6 MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 89/III, 12.3.1971: Zur Wirtschaftspolitik der VR Polen (Quelle: AV Warschau), S. 1 f. (BArch, DY 30/J IV 2/2J/3383).

7 Ebd., S. 4.

8 MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 55/III, 8.3.1971: Polnische Parteiführung informiert Botschafter Warschauer Vertragsstaaten über die politische und wirtschaftliche Situation in der VR Polen (Quelle: AV Warschau), S. 1 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/3369).

9 Vgl. ausführlich Mieczysław Tomala, Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990, Marburg 2000, S. 492–495.

10 Ebd., S. 494.

11 Präsidium der Ministerrates, Direktive für die Beratung der Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, die in der Zeit vom 16.–17.3.1971 in Leipzig vorgesehen ist, 10.3.1971, S. 2 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/3373).

den politischen Apparaten der DDR geisterte nach wie vor Walter Ulbricht herum.

Auch nach Honeckers Machtantritt im Mai 1971 blieb die partei- und regierungsinterne Sicht auf die jüngsten Vorgänge in Polen nicht frei von Skepsis. Es waren in dieser Situation eher die Beobachter aus den FDGB-Gewerkschaften, die Anzeichen von Normalität festzustellen glaubten. So fehlten selten Hinweise auf die Nichtbeteiligung polnischer Betriebsbelegschaften an Streiks, auf den Verbleib der Mitglieder in den Gewerkschaften, oder man betonte die Bereitschaft zu höheren Arbeitsleistungen.¹² Auch hinsichtlich der in der DDR tätigen polnischen Beschäftigten legte man Wert auf ein Höchstmaß an Kontinuität und Normalität. So vereinbarten der Zentralrat der Gewerkschaften (CRZZ) und der FDGB Bundesvorstand auf Grundlage des Regierungsabkommens vom 25. Mai 1971, dass polnische Beschäftigte für die Dauer ihrer Tätigkeit in der DDR Mitglied des FDGB sein konnten, diese Zeit aber auch als Mitgliedschaft in den polnischen Gewerkschaften angerechnet wurde, um entsprechende gewerkschaftliche Leistungen zu beziehen.¹³ Wer wollte, konnte jedoch auch hinter solchem Normalitätsanspruch eine Unsicherheit ahnen.

Dafür gab es gute Gründe. Schon bald stellte sich die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen der in Warschau verfolgten Sozialpolitik. So äußerten die Wirtschaftsfachleute der DDR-Botschaft bereits Mitte 1971 die Vermutung, im Fünfjahrplan 1971–1975 werde es kaum möglich sein, „den Übergang zur intensiven Wirtschaftsentwicklung“ zu vollziehen. Die Arbeitsproduktivität steige nicht rasch genug. Doch zur „Sicherung der Proportionen zwischen dem Warenfonds und der Kaufkraft“ sei ein deutlicher Effektivitätszuwachs in der gesamten Volkswirtschaft nötig.¹⁴ Die auf dem VI. PZPR-Parteitag von Gierek vorgetragene These, unter den polnischen Bedingungen wirke der unvermeidliche Zuwachs an Arbeitsplätzen als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, schien nicht sehr überzeugend. Tatsächlich sprach ja auch manches für die bisher auch in Polen vertretene Auffassung, wonach eine Ausweitung der Beschäftigung als Element einer extensiven Wirtschaftspolitik zu betrachten sei und die Steigerung der Arbeitsproduktivität negativ beeinflusse.¹⁵ Dabei blieb allerdings unberück-

12 Zentralvorstand der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft der DDR, Bericht über den Delegationsbesuch in der Volksrepublik Polen, 23.5.–30.5.1971 (BArch, DY 34/8457); Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst, Zentralvorstand, 22.10.1971: Bericht über die Delegationsreise in die Volksrepublik Polen, 28.9.–4.10.1971 (BArch, DY 30/IV A 2/6.11/11).

13 Vereinbarung zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften (CRZZ) der Volksrepublik Polen und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) über die Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit polnischer Werkträger, die vorübergehend in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt sind (BArch, DY 34/25349).

14 MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 143/VI, 29.6.1971: Zur Ausarbeitung des Fünfjahrplanes der VR Polen von 1971 bis 1975 (Quelle: AV Warschau), S. 3 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/3537).

15 Abt. Internationale Verbindungen, Information über den VI. Parteitag der PVAP, 12.12.1971, S. 13 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/3842).

sichtigt, dass der polnischen Führung gar nichts anderes übrig blieb als die Beschäftigung auszuweiten, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Andererseits waren sich die Beobachter aus der DDR im Klaren, wie sehr die politische Stabilität der Volksrepublik davon abhing, ob und wie schnell es der Gierrek-Equipe gelang, für eine deutliche Verbesserung des Warenangebots für die Bevölkerung zu sorgen. Es kam deshalb nicht von ungefähr, wenn die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED in einem Plan für den Delegations- und Erfahrungsaustausch während der Jahre 1972 und 1973 Fragen des Handels und der Versorgung noch vor denen des Bauwesens Priorität einräumte.¹⁶

Alles in allem übten die Vertreter der Partei-, Gewerkschafts- und Regierungsapparate in der DDR gegenüber der polnischen Entwicklung pragmatische Zurückhaltung. Das kontrastierte mit dem Verhalten Honeckers, der offenbar überzeugt war, mit Gierrek eine gemeinsame Wellenlänge gefunden zu haben. Bei ihm geriet vieles zur pathetischen Geste, die oft im grotesken Widerspruch zu den Tagesproblemen stand.

Ein erstes Beispiel war die Ende 1971 mit Polen und der ČSSR vereinbarte und im Januar 1972 in Kraft getretene Regelung über den „paß- und visafreien“ Reiseverkehr zwischen diesen Ländern.¹⁷ Ohne Frage fand sie Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung. Schon in den ersten vier Monaten passierten rund 1,8 Millionen Menschen die Oder-Neiße-Grenze in beiden Richtungen.¹⁸ Wenn die polnische Seite „die große politische Bedeutung“ der Reiseerleichterung hervorhob, war das sicher nicht übertrieben.¹⁹ Es gab eine Art Flitterwochen, auch in der Beziehung Honecker-Gierrek. Dass Experten vor unangenehmen wirtschaftlichen Konsequenzen warnten, wurde dabei verdrängt.²⁰ Die Realität holte aber auch Honecker schon Ende 1972 ein. Angesichts der beträchtlichen polnischen Einkäufe in der DDR wandte er sich im November „aus Sorge, daß wenn nicht von beiden Seiten entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, eine gute Sache in das Gegenteil verkehrt werden kann“ an den „lieben Genossen Edward“.²¹ Gierrek reagierte kühl: „Es gebe weder in Polen noch in der DDR Engel. Auch DDR-Bürger seien zu Spekulationszwecken in die VR Polen gekommen. Die VRP und die PVAP haben alle Vorkehrungen geschaffen, damit niemand

16 Abt. Internationale Verbindungen, Plan für den Delegations- und Erfahrungsaustausch zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den Jahren 1972 und 1973, 13.1.1972 (BArch, DY 30 /IV B 2/20/143).

17 Czesław Osękowski, Der pass- und visafreie Personenverkehr zwischen der DDR und Polen in den siebziger Jahren – Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen, in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003, S. 123-133.

18 K. Fichtner, Kurzinformation über die Ergebnisse der Beratung mit dem Vorsitzenden der VRP-Sektion des Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, Gen. Miłogóda, am 15. und 16. Mai 1972 in Warschau, S. 1 f. (BArch, DY 30/J IV 2/2J/4100).

19 Ebd., S. 2.

20 Botschaft der DDR, Einschätzung der Auswirkungen der Maßnahmen zur Vereinfachung und Erleichterung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zwischen der DDR und der VRP, 29.10.1971, S. 5 f. (BArch, DY 30/IV A 2/6.08/173).

21 E. Honecker an E. Gierrek vom 23.11.1972 (BArch, DY 30/464).

den DDR-Reisenden Vergangenes vorwirft. Es gebe in Polen auch nationalistische Tendenzen. Er meine aber, daß vielleicht einige Beamte in der DDR nervös gehandelt hätten und dabei Methoden anwandten, die unselige Erinnerungen wach werden ließen. Die Polen seien sehr empfindlich.²² Auch wenn an solchen Stellen die offizielle Freundschaftslyrik ins Ressentiment umzuschlagen drohte, blieben beide Seiten bemüht, die Probleme unter dem Teppich zu halten. Beim Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation im Mai 1975 in der DDR hielt man sich nicht lange damit auf. Honecker bemerkte, dass inzwischen rund 40 Millionen Menschen von der Möglichkeit des pass- und visumfreien Reiseverkehrs in beide Richtungen Gebrauch gemacht hätten. Gierek nannte das die „friedlichste Invasion“, und sein Gesprächspartner sprach gar von einer „Wiederholung der Völkerwanderung“.²³ Das war offenkundig Nonsens, doch schadete es auch nicht. Beide hatten zu dieser Zeit andere Sorgen.

Es bedurfte zweifellos einer gewissen Fähigkeit, unangenehme Sachverhalte zumindest partiell auszublenden. Das galt auch für interne Prognosen, die auf problematische Konsequenzen der ambitionierten Konsum- und sozialpolitischen Programme der SED und der PZPR aufmerksam zu machen suchten. Honecker kannte solche Unterlagen, gleichwohl gab er sich demonstrativ optimistisch. Das wirft die Frage auf, ob er angesichts der Erwartungshaltung und des Erfolgsdrucks, denen er sich mit der Politik der „Hauptaufgabe“ ausgesetzt sah, taktisch reagierte, oder ob er Opfer der eigenen Propaganda wurde. Wie schwer diese Frage zu beantworten ist, zeigen die Zusammentreffen von Gierek und Honecker. Nachdem beide sich zuerst am 11. Januar 1971 in Berlin und vom 18. bis 20. September 1971 in Warschau getroffen hatten, kamen sie am 23. und 24. Juni 1972 im ehemaligen Schloß von Przelazy, dem früheren ostbrandenburgischen Seeläsgen, erneut zusammen.²⁴ Hier bot sich Gelegenheit, rund eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt Giereks und etwas mehr als einem Jahr nach Honeckers Machtübernahme, die Ergebnisse der politischen Kurswende aus einigem zeitlichen Abstand zu betrachten.²⁵ Dem Protokoll zufolge zog Gierek eine Bilanz, die an Positivem kaum zu übertreffen war: „Die Stimmung im Volk ist gut, in der Partei sehr gut. [...] Offensichtlich ist das auch auf den positiven Einfluß zurückzuführen, den die guten ökonomischen Ergebnisse im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres ausgeübt haben. Daraus ergibt sich die posi-

22 ZK der SED/Abt. Internationale Verbindungen, Vermerk über ein Gespräch des Genossen Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, mit Genossen Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, am 12.1.1973, S. 3 f. (BArch, DY 30/IV B 2/20/144).

23 Stenografische Niederschrift der Gespräche der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 21. und 22. Mai 1975 in Berlin, S. 76 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/5838).

24 Protokoll-Niederschrift über die Gespräche zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der VR Polen am 23. und 24. Juni 1972 in Przelazy in der Wojewodschaft Zielona Gora (BArch, DY 30/J IV 2/2J/4171).

25 Mieczysław Tomala, Deutschland – von Polen gesehen, S. 492-501.

tive Haltung der Bevölkerung zur Partei, ihren Plänen und Zielen.²⁶ Auch Honecker wartete mit ähnlich Positivem auf. Das „Paket von sozialpolitischen Maßnahmen“ habe „eine ganz neue Arbeitsatmosphäre“ entstehen lassen. Zwar werde das Ganze bis 1975 etwa acht Milliarden Mark kosten, doch hätten „die Werktätigen [...] sofort Gegenverpflichtungen übernommen“ und könnten „jetzt schon gute Ergebnisse“ vorweisen.²⁷ Zwar kamen dann noch einige Probleme zur Sprache, die man aber als überwindbare Schwierigkeiten auf dem Weg zügigen Fortschritts darbot. Das galt etwa für Fragen der Bevölkerungsversorgung und der Lohnpolitik, beides nach wie vor heikle Themenfelder.

Dennoch dienten solche bilateralen Gespräche wie das von Przelazy vor allem der Darlegung der jeweils eigenen Positionen. Ohne ihre Funktion für den Informationsaustausch, für die praktische Zusammenarbeit und auch für die Klärung kontroverser Fragen in Abrede zu stellen, wird man vor allem den Symbolwert zu beachten haben. Es gibt gute Gründe, sie unter der viel später erfundenen Kategorie „Freundschaftstheater“ zu fassen.²⁸ Mieczysław Tomala merkt hierzu an: „In mancher Hinsicht entstand eine wahrhaft sonderliche Situation. Im offiziellen Teil beteuerten beide Seiten ihre entschlossene Freundschaftspolitik und den festen Kooperationswillen. Zur gleichen Zeit blieben jedoch manche Dinge unausgesprochen, oder man versuchte, sie vor dem anderen Partner zu verheimlichen. [...] Die Heuchelei und Doppelbödigkeit der bilateralen Politik hatte einen Höhepunkt erreicht, als Freundschaftsbekundungen zum Spektakel ausarten.“²⁹

Besonders Honecker zeigte sich in dieser Hinsicht anfällig. Immerhin scheinen die persönlichen Beziehungen zwischen ihm und Gierek recht gut gewesen zu sein und auch die zwischenstaatliche Atmosphäre positiv beeinflusst zu haben. Tomala nennt die 1970er Jahre (wenn auch in Anführungsstrichen) eine „Honigdekade“ der Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (PRL).³⁰ Ähnlich sieht auch Burkhard Olschowsky die Gierek-Ära als „die fruchtbarste Dekade in den Beziehungen zwischen Polen und der DDR“.³¹ Allerdings fielen schon bald Schatten auf die Dekade. Es mehrten sich frühzeitig Anzeichen, dass beide Staaten nach kurzem Zwischenhoch in schwierige Verhältnisse steuerten. Als Franciszek Szlachcic, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, am 15. Januar 1973 in Ost-Berlin mit Erich Honecker sprach,

26 Protokoll-Niederschrift über die Gespräche zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der VR Polen am 23. und 24. Juni 1972 in Przelazy in der Wojewodschaft Zielona Gora, S. 1 (BArch, DY 30/J IV 2/2J/4171).

27 Ebd., S. 16.

28 So das Thema einer vom 13.1. bis 14.1.2006 vom DHI Warschau ausgerichteten Tagung: „Freundschaftstheater. Polnisch-deutsche histoire croisée 1945/1949–1990“.

29 Mieczysław Tomala, *Deutschland – von Polen gesehen*, S. 499.

30 Ders., *Eine Bilanz der offiziellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen*, in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, Osnabrück 2003, S. 59–79, hier 75.

31 Burkhard Olschowsky, *Die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen*, in: ebd., S. 41–58, hier 49.

versuchte er das anzudeuten: „Die Situation im Lande ist gut. Es besteht jedoch eine Gefahr. Die Jahre 1971 und 1972 waren gute Jahre. Jetzt denken einige junge Genossen, es muß immer so gut sein. Wir würden es lieber sehen, wenn die Bevölkerung noch besser von unserer Arbeit sprechen würde und wir selbst kritischer über unsere eigene Arbeit reden würden.“³² Damit war ein problematischer Punkt benannt, der auch die DDR betraf. Unverkennbar nahte eine Situation, in der sich der massive sozialpolitische Impuls von 1971/1972 erschöpfte.

Nun wäre es nicht abwegig gewesen, nach einer solchen „Take-off“-Phase Sozialpolitik auf relativ hohem Niveau, aber mit geringerem Aufwands- bzw. Leistungszuwachs weiter zu betreiben. Zugespitzte Argumente liefen sogar auf einen faktischen Stopp solcher Zuwächse hinaus, um mehr Ressourcen für investive Zwecke verwenden zu können. Doch genau das war bereits in den späten 1960er Jahren Gegenstand parteiinterner Kontroversen gewesen und beim Sturz Gomulka wie Ulbrichts instrumentell gewendet worden. Dies schloss freilich die zumindest theoretische Möglichkeit eines vorsichtigen Umsteuerns nicht aus. Manche Äußerung Honeckers seit 1973 ließe sich so verstehen. Praktisch jedoch sahen sich die politischen Führungsspitzen der DDR und der PRL mit einem Problem konfrontiert, vor dem alle modernen Sozialstaaten standen: In schöner Dialektik löste gerade eine offensive Sozialpolitik eine Anspruchsinflation aus und erhöhte den Forderungsdruck auf die sozialen Transfer- und Sicherungssysteme.

Welche Konsequenzen daraus in Polen erwachsen, war Gegenstand einer permanenten Berichterstattung, die vor allem durch die DDR-Botschaft in Warschau und die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED erfolgte. Beide versuchten eine Mischung aus optimistischem Grundton und vorsichtiger Problembenennung. Über die I. Landeskonferenz der PZPR am 22. und 23. Oktober 1973 informierte Botschafter Günter Sieber, die PZPR stelle sich „weiterhin anspruchsvolle Aufgaben“. Allerdings sei sich die Partei auch der möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten bewusst. Spannungen könnten bei der Durchsetzung der vorgesehenen Preispolitik, im Verhältnis von Kaufkraft und Warenfonds oder auch im Hinblick auf die Qualifikation des Bedienungspersonals neuer Industrieanlagen auftreten. Insgesamt jedoch ließe die bisherige Entwicklung erwarten, dass die PZPR-Führung in den nächsten Jahren in der Lage sein werde, volkswirtschaftlich wichtige Proportionen besser zu steuern.³³

32 Abt. Internationale Verbindungen, 18.1.1973, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED: Bericht über die Gespräche einer Delegation des ZK der SED unter Leitung von Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit einer Delegation des ZK der PVAP unter Leitung von Franciszek Szlachcic, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, am 15.1.1973 in Berlin, Anlage 4: Aussprache zwischen dem Genossen Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, und dem Genossen Szlachcic (15.1.1973), S. 1 (BArch, DY 30/IV B 2/20/144).

33 Botschaft der DDR in Warschau, 25.10.1973 (Blitztelegramm Sieber an Axen, Markowski, Fischer, Roßmeisl): Erste Einschätzung I. Landeskonferenz PVAP, 22./23.10., S. 4 (BArch, DY 30/IV B 2/20/140).

In solchen Berichten und Analysen wurden negative Akzente möglichst vermieden. Doch konnte man auch mit positiven Aussagen Kritik anbringen. So hieß es in dieser Handreichung der Abteilung Internationale Verbindungen: „Genosse Gierek gibt mit seinen ständigen Besuchen in Betrieben und auf dem Lande das Beispiel für einen operativen Arbeitsstil.“³⁴ Dies ließ sich auch als Mäkelei am Hang zur Improvisation deuten. Ebenso konnte man der Feststellung, die PZPR nutze „in ihrer politischen Massenarbeit zur Aktivierung der Werktätigen [...] in der Bevölkerung vorhandene, stark ausgeprägte nationale Gefühle“, aus der nachbarschaftlichen Perspektive nicht nur angenehme Seiten abgewinnen.³⁵ Schließlich erhielten die mehrfachen Aussagen zur gewachsenen Kampfkraft der Partei, zu ihrer festeren Verankerung in der Bevölkerung usw. eine andere Konnotation etwa durch den Hinweis, die PZPR verstärke den Kampf gegen die ideologische Diversion unter der Jugend.³⁶

In dieser Hinsicht traute Honecker seinem Amtskollegen sicher einiges zu. Allerdings sah er sich zunehmend mit Informationen konfrontiert, die auf erhebliche wirtschaftliche und sozialpolitische Risiken des Gierek-Kurses hindeuteten. Vor seinem Besuch vom 5. bis 8. Juni 1974 in Warschau gab ihm die Abteilung Internationale Verbindungen die Information mit auf dem Weg, dass der Zuwachs des verbrauchten Nationaleinkommens in Polen mit 57 Prozent für 1971–74 höher als der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens (39,5 Prozent) ausfalle.³⁷ Gleichzeitig bereitete sie ihm aber auch eine Gesprächskonzeption vor, in der neben Erfolgen der DDR auch von einigen „Hauptproblemen“ die Rede war, so von „erhebliche(n) zweigliche(n) Disproportionen z.B. in der chemischen Industrie und Leichtindustrie, die wir nur schrittweise abbauen können“.³⁸ Hier galt vielleicht das Prinzip „geteiltes Leid ist halbes Leid“. Doch kam zu dieser Zeit noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu, der es Honecker möglich erscheinen ließ, die zunehmenden eigenen Schwierigkeiten zu relativieren: Immer häufiger nahm er Bezug auf die „krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus“, gegen die man sich abgrenzen müsse.³⁹ Das kam nicht von ungefähr. Aus den mit dem Ölpreisschock manifest gewordenen Schwierigkeiten der westlichen Industriestaaten direkt auf die Zukunftsfähigkeit des „realexistierenden“ Sozia-

34 Abt. Internationale Verbindungen, 13.6.1973: Informationsmappe für die Vorbereitung des Besuchs der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 18.-20.6.1973 (BArch, DY 30/3211, Bl. 153–161, hier 157).

35 Ebd., Bl. 158.

36 Ebd.

37 Abt. Internationale Verbindungen: Information für den Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VR Polen vom 5.-8. Juni 1974, Mai 1974, S. 7 f. (BArch, DY 30/IV B 2/20/143).

38 Abt. Internationale Verbindungen: Gesprächskonzeption für die Ausführungen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Erich Honecker, während des offiziellen Freundschaftsbesuches einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VRP vom 5.-8. Juni 1974, S. 8-16 (BArch, DY 30/IV B 2/20/143).

39 Ebd., S. 15.

lismus zu schließen, war Mitte der 1970er Jahre eine in der politischen Propaganda der östlichen Seite häufig anzutreffende Argumentation.

Beim Treffen Honecker – Gierka am 21./22. Mai 1975 in Berlin zeichnete Gierka ein recht ambivalentes Bild von der Lage in Polen. Vor allem machte er deutlich, in welcher Zwickmühle sich die PZPR befand: „Wenn wir beispielsweise das Zuwachstempo des Lebensstandards bremsen würden, so würde das für die Beibehaltung der Ruhe schwierig sein. Wir müssen dann auch unsere Kontakte nach außen einschränken, unter anderem auch mit der DDR. [...] Das sind ähnliche Schwierigkeiten, wie Ihr sie im Zusammenhang mit den Besuchen von Bürgern aus der BRD habt.“⁴⁰ Honecker hingegen hielt es für richtig zu betonen, „daß der gegenwärtige Fünfjahrplan der erste Fünfjahrplan in der Geschichte der DDR ist, der erfüllt wird, ganz zu schweigen von seiner teilweisen voraussichtlichen Übererfüllung“. Einige Schwierigkeiten resultierten „aus den schnell wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Wachstum der Produktion.“⁴¹

Je diffiziler die wirtschaftliche Situation in beiden Ländern wurde, nicht zuletzt wegen der Anhebung der Rohstoffpreise im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), desto stärker zeigte sich das Verlangen nach positiven Nachrichten. Und das wurde auch bedient. Man kolportierte dazu gern die offizielle polnische Lesart. So hieß es in einer Analyse der DDR-Botschaft vom 23. Oktober 1975 zu den seit dem VI. Parteitag der PZPR erzielten Ergebnissen: „Auf der Basis der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung konnte eine erhebliche Überschreitung des geplanten Wachstums des Lebensstandards der Werktätigen erreicht werden, worin die Hauptaufgabe des VI. Parteitages bestand. Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik Polen wird in den Jahren 1971–75 der Fünfjahrplan erfüllt und übererfüllt werden.“⁴²

In Wirklichkeit näherte sich die „Ekipa Gierka“ einem Punkt, an dem Preiserhöhungen unumgänglich wurden – und provozierte damit die Juni-Krise des Jahres 1976. Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz gab die Preiserhöhungen am 24. Juni 1976 im Sejm bekannt. Gegenüber der Preiserhöhung vom Dezember 1970 fiel sie „viel radikaler“ aus.⁴³ So sollten sich Fleisch sowie Fleischprodukte um 69 Prozent verteuern, während es 1970 „nur“ 17,6 Prozent waren. Die Preise für Geflügel sollten um 30 Prozent, für Butter, Milchprodukte und Zucker um ca. 50 Prozent steigen. Insgesamt stand ein Anstieg der Lebenshaltungskosten um etwa 16 Prozent bevor. Am Tag darauf kam es im ganzen Land zu Protesten und

40 Stenografische Niederschrift der Gespräche der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 21. und 22. Mai 1975 in Berlin, S. 10 f. (BArch, DY 30/J IV 2/2J /5838).

41 Ebd., S. 55.

42 Botschaft der DDR in Warschau, 23.10.1975: Einschätzung der Beschlüsse des VI. Parteitages der PVAP und der Ergebnisse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Polen 1971–1975, S. 1 (BArch, DY 30/IV B 2/20/141).

43 Jerzy Eisler (Hg.), *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych* [Der Juni 1976 in Archivmaterialien], Warszawa 2001, Einleitung, S. 11–72, hier 37.

Streiks, besonders in Radom, Płock und in den Warschauer Ursus-Werken.⁴⁴ Noch am Abend des 25. Juni mußte Jaroszewicz in einer kurzen Fernsehansprache die Preiserhöhungen zurücknehmen, diese seien nur ein Vorschlag gewesen, der Verzicht darauf sei nach den „Konsultationen“ in den Betrieben erfolgt.⁴⁵ Die Parteiführung der SED war über die Vorbereitung der „Preisoperation“ gut informiert gewesen und kannte auch die Risiken. Berichte über die Vorgänge erscheinen im historischen Rückblick bemerkenswert distanziert. Im Herbst 1976 wurden sie alarmierend. Im September telegrafierte die Warschauer Botschaft an Honecker und berichtete über eine „sich stark verschlechternde innere Situation“, über Versorgungsengpässe besonders bei Fleisch, über den Vertrauensverlust der Führung, schließlich auch über Resignation in der Partei.⁴⁶ Auch die weiteren Informationen ließen nichts an Deutlichkeit zu wünschen. Dennoch hielt man sich immer wieder auch an die auf die Beruhigung der Nachbarn abzielenden offiziellen Verlautbarungen aus Warschau. Im Januar 1977 etwa notierte Werner Lamberz, der als Chefideologe der SED und potentieller Nachfolger Honeckers galt, nach einem Gespräch mit Gierek: „Zur inneren Lage in der VRP erklärte Genosse Gierek: Er denke, daß Polen im Jahre 1977 aus den Schwierigkeiten herauskommen werde. Westliche Massenmedien versuchten, uns ihre Krise an den Hals zu reden, man spreche von einer polnischen Krise, was sei das aber für eine Krise, wenn 1976 neun, fast zehn Prozent Zuwachs erreicht wurden und 100 moderne Betriebe die Produktion aufnahmen, wenn 1977 weitere 100 Betriebe hinzukommen. Man sei dabei, die Probleme auf dem Binnenmarkt besser zu lösen.“⁴⁷ So konnte man es sehen. Es gab etwas wie eine politische Parallaxe, abhängig vom eigenen Interesse. Auch den Männern an der Spitze der SED erschien die Situation der PRL nach dem Juni 1976 schwierig, aber durchaus nicht verfahren. Sie hofften noch immer auf das Geschick und die Durchsetzungsfähigkeit Giereks, auch wenn es zunächst um Schadensbegrenzung ging. Ihre Empathie mochte vielleicht mit der Ähnlichkeit der Schwierigkeiten zusammenhängen, denen auch sie sich in der DDR gegenübersehen. Der aus den polnischen Vorgängen im Sommer 1976 erzielte Lerneffekt blieb gering. Er bestand im Beharren auf der Politik der „Hauptaufgabe“, die ihrerseits aber schon eine deutliche Schlagseite aufwies.

44 Vgl. zu diesen Ereignissen u.a. ders., Czerwiec; Paweł Sasanka, PZPR i mechanizm przygotowania podwyżki cen w 1976 roku [Die PZPR und der Vorbereitungsmechanismus der Preiserhöhung im Jahre 1976], in: ders./Robert Spalek (Hg.), Czerwiec 1976. Spory i refleksje po 25 latach [Juni 1976. Auseinandersetzungen und Berichte nach 25 Jahren], Warszawa 2003, S. 20-30.

45 Oświadczenie Prezesa Rady Ministrów [Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates], in: Trybuna Ludu, 26./26.7.1976, S. 1.

46 Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an Honecker, Axen, Fischer, [Herbert] Krolkowski, Roßmeisl (gez. Sieber, 10.9.1976, GVS 101/76) (BArch, DY 30/IV B2/20/138).

47 Werner Lamberz: Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, 13.1.1977: Betr.: Ergebnisse der Reise einer Delegation des ZK der SED zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda mit dem ZK der PVAP, S. 2f. (BArch, DY 30/IV B 2/20/145).